

Referentenentwurf

des Bundeskanzleramts und des Bundesministeriums des Innern und für Heimat

Zweite Verordnung zur Sicherung von Vorbereitungsdiensten des Bundeskanzleramts und des Bundesministeriums des Innern und für Heimat während der COVID-19-Pandemie

A. Problem und Ziel

Um die weitere Verbreitung des in Deutschland aufgetretenen Virus SARS-CoV-2 (Coronavirus) auch zukünftig zu verhindern oder zumindest zu verlangsamen, sind weiterhin Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung erforderlich, die auch Auswirkungen auf die Vorbereitungsdienste des Bundeskanzleramts und des Bundesministeriums des Innern und für Heimat haben. Abhängig vom Infektionsgeschehen können Vorgaben zur Kontaktbeschränkung und zum Abstandhalten z. B. dazu führen, dass Präsenzunterricht nicht oder nicht unter den bisherigen organisatorischen Bedingungen durchgeführt werden kann. Behörden stoßen an personelle, organisatorische und räumliche Grenzen, wenn sie Prüfungen durchführen und dabei Kontaktbeschränkungen und Abstandsgebote zu wahren haben.

Daher sind über 2022 hinaus weiterhin Regelungen notwendig, die die Durchführung der Ausbildungen und der Prüfungen in den Vorbereitungsdiensten des Bundeskanzleramts und des Bundesministeriums des Innern und für Heimat sicherstellen.

B. Lösung

Die geschaffenen Regelungen in der jeweiligen Vorbereitungsdienstverordnung, die es den Bundesbehörden vorübergehend ermöglichen, von den Vorgaben der jeweiligen Vorbereitungsdienstverordnung abzuweichen, werden bis 31. Dezember 2024 verlängert. Dadurch bleiben die Ausbildungen und die Prüfungen in den Vorbereitungsdienstverordnungen weiter so weit flexibilisiert, dass sie während der anhaltenden COVID-19-Pandemie durchgeführt werden können.

Die verschiedenartige Ausgestaltung der Vorbereitungsdienste und die damit einhergehenden variablen Anpassungsbedarfe werden bei den Abweichungsmöglichkeiten wie bisher ausreichend berücksichtigt.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Bund

Die Haushaltsausgaben können derzeit nicht beziffert werden. Ein eventueller Mehrbedarf an Sach- und Personalmitteln wird finanziell und stellenmäßig in den Einzelplänen 04 und 06 ausgeglichen.

Länder und Kommunen

Die Länder und Kommunen sind nicht betroffen.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Die Höhe dieses Erfüllungsaufwandes für die Bürgerinnen und Bürger kann nicht näher quantifiziert werden, da nicht abgeschätzt werden kann, welche Maßnahmen konkret ergriffen werden. Soweit auf bestimmte Teile des Auswahlverfahren verzichtet werden kann, kann es auch zu Einsparungen für die Bewerberinnen und Bewerber kommen.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Für die Wirtschaft entsteht kein Erfüllungsaufwand. Es werden keine Informationspflichten neu eingeführt, geändert oder aufgehoben.

Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten

Keine.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Bund

Die Umorganisation der Auswahlverfahren und Ausbildungen verursacht einen Erfüllungsaufwand für die Behörden, der nicht näher quantifiziert werden kann, da nicht abzusehen ist, welche Maßnahmen konkret ergriffen werden. Soweit in Auswahlverfahren auf einzelne Ausbildungs- oder Prüfungsteile verzichtet wird, kann es auch zu finanziellen Einsparungen kommen.

Länder und Kommunen

Die Länder und Kommunen sind nicht betroffen.

F. Weitere Kosten

Die Wirtschaft, insbesondere die mittelständische Wirtschaft, ist nicht betroffen. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

Zweite Verordnung zur Sicherung von Vorbereitungsdiensten des Bundeskanzleramts und des Bundesministeriums des Innern und für Heimat während der COVID-19-Pandemie

Vom ...

Auf Grund des § 26 Absatz 2 des Bundesbeamtengesetzes, der durch Artikel 1 Nummer 9 des Gesetzes vom 28. Juni 2021 (BGBl. I S. 2250) neu gefasst worden ist, in Verbindung mit den §§ 10 und 10a Absatz 8 sowie Anlage 2 Nummer 2 und 15 der Bundeslaufbahnverordnung, von denen § 10 zuletzt durch Artikel 1 Nummer 6 der Verordnung vom 16. August 2021 (BGBl. I S. 3582) geändert worden ist, § 10a Absatz 8 durch Artikel 1 Nummer 7 Buchstabe d der Verordnung vom 16. August 2021 (BGBl. I S. 3582) geändert und Anlage 2 Nummer 2 und 15 durch Artikel 1 Nummer 2 und 5 der Verordnung vom 15. September 2020 (BGBl. I S. 1990) neu gefasst worden ist, verordnen das Bundeskanzleramt und das Bundesministerium des Innern und für Heimat:

Artikel 1

Änderung der Verordnung über den Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst im Bundesnachrichtendienst und den mittleren Dienst im Verfassungsschutz des Bundes

Die Verordnung über den Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst im Bundesnachrichtendienst und den mittleren Dienst im Verfassungsschutz des Bundes vom 9. August 2019 (BGBl. I S. 1221), die zuletzt durch Artikel 2 Absatz 2 der Verordnung vom 16. August 2021 (BGBl. I S. 3582) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 1a, § 12 Absatz 2a Satz 1, § 22 Absatz 2a, 4a und 6, § 27 Absatz 2, § 29 Absatz 1a, § 37 Absatz 2, § 42 Absatz 2a und 4a, § 50 Absatz 2a und 4a sowie § 57 Absatz 4a wird jeweils die Angabe „31. Dezember 2022“ durch die Angabe „31. Dezember 2024“ ersetzt.
2. In § 58 Absatz 2 Satz 2 Nummer 2 wird die Angabe „Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat“ durch die Angabe „Bundesministeriums des Innern und für Heimat“ ersetzt.

Artikel 2

Änderung der Verordnung über den Vorbereitungsdienst für den gehobenen Dienst im Bundesnachrichtendienst und den gehobenen Dienst im Verfassungsschutz des Bundes

Die Verordnung über den Vorbereitungsdienst für den gehobenen Dienst im Bundesnachrichtendienst und den gehobenen Dienst im Verfassungsschutz des Bundes vom 21. September 2018 (BGBl. I S. 1368), die zuletzt durch Artikel 2 Absatz 3 der Verordnung vom 16. August 2021 (BGBl. I S. 3582) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 1a, § 12 Absatz 2a, § 15 Absatz 2a, § 22 Absatz 2a, 3a Satz 1 und Absatz 4a, § 28 Absatz 2, § 29 Absatz 1a, § 35 Absatz 2, § 37 Absatz 4 Satz 1, § 40 Absatz 1a, § 42 Absatz 2a und 4a, § 52 Absatz 2a Satz 1, § 53 Absatz 2a Satz 1, § 61 Absatz 4a, § 62 Absatz 2a, 3a und 5a, § 67 Satz 2, § 68 Absatz 5a Satz 1 sowie § 69 Absatz 4a wird jeweils die Angabe „31. Dezember 2022“ durch die Angabe „31. Dezember 2024“ ersetzt.
2. In § 70 Absatz 2 Satz 2 Nummer 2 wird die Angabe „Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat“ durch die Angabe „Bundesministeriums des Innern und für Heimat“ ersetzt.
3. Die §§ 83 und 84 werden aufgehoben.

Artikel 3

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2023 in Kraft.

Begründung

A. Allgemeiner Teil

I. Zielsetzung und Notwendigkeit der Regelungen

Die Fortentwicklung der sehr dynamischen COVID-19-Pandemie ist insbesondere im Hinblick auf mögliche neue Infektionswellen nur schwer abschätzbar. Um die weitere Verbreitung des Virus SARS-CoV-2 (Coronavirus) auch zukünftig zu verhindern oder zumindest zu verlangsamen, sind weiterhin Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung erforderlich oder können erforderlich werden, die auch Auswirkungen auf die Vorbereitungsdienste des Bundeskanzleramts und des Bundesministeriums des Innern und für Heimat haben. Abhängig vom Infektionsgeschehen können Vorgaben zur Kontaktbeschränkung und zum Abstandhalten z. B. dazu führen, dass Präsenzunterricht nicht oder nicht unter den bisherigen organisatorischen Bedingungen durchgeführt werden kann. Behörden stoßen an personelle, organisatorische und räumliche Grenzen, wenn sie Prüfungen durchführen und dabei Kontaktbeschränkungen und Abstandsgebote zu wahren haben.

Daher sind über 2022 hinaus weiterhin Regelungen notwendig, die genügend Spielraum lassen, um von Vorgaben, die sich auf Grund der pandemischen Lage nicht einhalten lassen, abzuweichen und so die Durchführung der Ausbildungen und der Prüfungen im Vorbereitungsdienst für den gehobenen Dienst im Bundesnachrichtendienst und den gehobenen Dienst im Verfassungsschutz des Bundes sowie im Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst im Bundesnachrichtendienst und den mittleren Dienst im Verfassungsschutz des Bundes auch unter den Bedingungen der COVID-19-Pandemie sicherstellen. Die Fortführung der Sonderregelungen bis zum 31. Dezember 2024 ermöglicht bei Bedarf eine schnelle und rechtssichere Reaktion auf das Infektionsgeschehen.

Gleichzeitig soll durch die Beibehaltung dieser Regelungen weiterhin die Erforderlichkeit einer pauschalen Verlängerung von Vorbereitungsdiensten verhindert werden.

II. Wesentlicher Inhalt des Entwurfs

Die Regelungen, die es den Behörden, die die Vorbereitungsdienste durchführen, vorübergehend ermöglichen, von den Vorgaben der jeweiligen Vorbereitungsdienstverordnung abzuweichen, werden bis zum 31. Dezember 2024 verlängert. Dadurch kann das planmäßige Erreichen der Ausbildungsziele während der COVID-19-Pandemie auch künftig sichergestellt werden.

Der in jede Verordnung aufgenommene Anwendungsvorbehalt, der die Behörden verpflichtet, von den Abweichungsmöglichkeiten nur in dem Umfang Gebrauch zu machen, als es unbedingt erforderlich ist, um trotz der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie den Vorbereitungsdienst durchführen zu können und um auf Einschränkungen, die im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie gelten, angemessen reagieren zu können, soll ebenfalls bis zum 31. Dezember 2024 weitergelten.

Die verschiedenartige Ausgestaltung der beiden Vorbereitungsdienste und die damit einhergehenden variablen Anpassungsbedarfe werden bei den Abweichungsmöglichkeiten wie bisher ausreichend berücksichtigt.

III. Alternativen

Keine.

IV. Regelungskompetenz

Die Regelungskompetenz des Bundeskanzleramtes und des Bundesministeriums des Innern und für Heimat ergibt sich aus § 26 Absatz 2 des Bundesbeamtengesetzes in Verbindung mit den §§ 10 und 10a Absatz 8 sowie Anlage 2 Nummer 2 und 15 der Bundeslaufbahnverordnung.

V. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen

Die Verordnung ist mit dem Recht der Europäischen Union und dem Völkerrecht vereinbar.

VI. Regelungsfolgen

1. Rechts- und Verwaltungsvereinfachung

Es handelt sich um eine Änderungsverordnung. Eine Rechts- und Verwaltungsvereinfachung ergibt sich insofern, als durch die Bündelung in einer Verordnung vergleichbare Regelungsinhalte einheitlich geändert werden.

2. Nachhaltigkeitsaspekte

Der Entwurf hat keine Auswirkungen auf die Regeln und Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategie und steht ihr demnach nicht entgegen.

3. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Die Haushaltsausgaben können derzeit nicht beziffert werden. Ein eventueller Mehrbedarf an Sach- und Personalmitteln wird finanziell und stellenmäßig in den Einzelplänen 04 und 06 ausgeglichen.

Die Regelungen haben keine Auswirkungen auf die Haushalte der Länder und Kommunen.

4. Erfüllungsaufwand

a) Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Die Umorganisation der Auswahlverfahren kann einen Erfüllungsaufwand für die Bürgerinnen und Bürger verursachen, soweit sie sich für eine Einstellung in einen der Vorbereitungsdienstes bewerben.

Die Höhe dieses Erfüllungsaufwandes für die Bürgerinnen und Bürger kann nicht näher quantifiziert werden, da nicht abgeschätzt werden kann, welche Maßnahmen konkret ergriffen werden. Soweit auf bestimmte Teile des Auswahlverfahrens verzichtet wird, kann es auch zu Einsparungen für die Bürgerinnen und Bürger kommen.

b) Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Für die Wirtschaft entstehen keine Kosten. Insbesondere werden durch das Gesetz keine Informationspflichten für die Wirtschaft eingeführt, geändert oder aufgehoben.

Die „One in, one out“- Regel der Bundesregierung ist nicht anzuwenden.

c) Erfüllungsaufwand für die Verwaltung

Der Entwurf regelt, dass in den verschiedenen Vorbereitungsdiensten Möglichkeiten zur Abweichung geschaffen werden, die nur zulässig sind, sofern sie durch die COVID-19-Pandemie notwendig sind. Der weitere Verlauf der COVID-19-Pandemie kann nicht vorhergesagt werden, sodass der Erfüllungsaufwand nicht, auch nicht schätzungsweise, ermittelt werden kann, weil dieser maßgeblich davon abhängt, inwieweit in den Vorbereitungsdiensten und den dazugehörigen Auswahlverfahren bis zum Ende der pandemischen Lage von den geltenden Abweichungsmöglichkeiten Gebrauch gemacht werden muss. Unter anderem wird geregelt, dass Lehrveranstaltungen online auf Distanz durchgeführt werden können, dass die Anzahl der Kommissionsmitglieder für Auswahlverfahren oder Leistungstests reduziert werden können. Dabei kann es auch zu Einsparungen kommen.

5. Weitere Kosten

Die Wirtschaft, insbesondere die mittelständische Wirtschaft, ist von den Regelungen nicht-betroffen. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

6. Weitere Regelungsfolgen

Auf die Verbraucherinnen und Verbraucher haben die Regelungen keine Auswirkungen. Gleichstellungspolitische Belange werden berücksichtigt. Es liegt weder eine mittelbare, noch eine unmittelbare geschlechterbezogene Benachteiligung vor.

VII. Befristung; Evaluierung

Alle Sonderregelungen dieser Verordnung sind bis zum 31. Dezember 2024 befristet. Von der Befristung ausgenommen sind lediglich wenige Änderungen, die nicht in einem inhaltlichen Zusammenhang mit der Bewältigung der COVID-19-Pandemie stehen.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Änderung der Verordnung über den Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst im Bundesnachrichtendienst und den mittleren Dienst im Verfassungsschutz des Bundes)

Zu Nummer 1

Die durch Artikel 1 der Verordnung vom 22. Juli 2021 (BGBl. I S. 3552) eingefügten Regelungen zur Besetzung der Auswahlkommission, zur Nutzung digitaler Lehrformate, und Gliederung der Ausbildung, zu Lehrgebieten, Leistungstests, zur Zwischenprüfung und Abschlussprüfung sollen bis 31. Dezember 2024 fortgeführt werden. Diese Abweichungsmöglichkeiten stellen geeignete und bewährte Instrumente dar, um flexibel und rechtssicher auf das weiterhin dynamische Pandemiegeschehen reagieren zu können und gleichzeitig das Erreichen von Ausbildungs- und Prüfungszielen abzusichern.

Zu Nummer 2

Die Änderung der Bezeichnung „Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat“ in „Bundesministeriums des Innern und für Heimat“ ist in der Verordnung nachzuvollziehen.

Zu Artikel 2 (Änderung der Verordnung über den Vorbereitungsdienst für den gehobenen Dienst im Bundesnachrichtendienst und den gehobenen Dienst im Verfassungsschutz des Bundes)

Zu Nummer 1

Im Zusammenhang mit der Verlängerung der Geltungsdauer der Sonderregelungen in der Verordnung sind auch die zentralen Voraussetzungen, unter denen von den Abweichungsmöglichkeiten Gebrauch gemacht werden kann, weiterzuführen. So wird sichergestellt, dass weiterhin von den Abweichungsmöglichkeiten nur dann Gebrauch gemacht werden kann, wenn im Zusammenhang mit den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie der Ausbildungs-, Lehr- und Prüfbetrieb ohne den Zugriff auf die Sonderregelungen nicht gewährleistet werden kann. Alle Abweichungen sind somit wie bisher nur in dem Umfang zulässig, als sie unbedingt erforderlich sind, um auf Einschränkungen, die im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie verhängt wurden, angemessen reagieren zu können.

Die durch Artikel 2 der Verordnung vom 22. Juli 2021 (BGBl. I S. 3552) eingefügten Regelungen zur Besetzung der Auswahlkommission, zum Auswahlverfahren, zur Nutzung digitaler Lehrformate und Gliederung der Ausbildung, zu Studiengebieten, zum Ausbildungsplan für die Praktika, zur Diplomarbeit sowie zu Abschlussprüfungen sollen bis 31. Dezember 2024 fortgeführt werden. Diese Abweichungsmöglichkeiten stellen geeignete und teils bewährte Instrumente dar, um flexibel und rechtssicher auf das weiterhin dynamische Pandemiegeschehen reagieren zu können und gleichzeitig das Erreichen von Ausbildungs- und Prüfungszielen abzusichern.

Zu Nummer 2

Die Änderung der Bezeichnung „Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat“ in „Bundesministeriums des Innern und für Heimat“ ist in der Verordnung nachzuvollziehen.

Zu Nummer 3

Die Vorbereitungsdienste nach den früheren Laufbahn-, Ausbildungs- Prüfungsverordnungen für den gehobenen Dienst im Bundesnachrichtendienst und den gehobenen Dienst im Verfassungsschutz sind abgeschlossen oder anderweitig beendet. Die Übergangsvorschriften über die Anwendung der früheren Laufbahn-, Ausbildungs- und Prüfungsverordnungen und die Abweichungsmöglichkeiten von Regelvorschriften des Lehr- und Prüfungsbetriebs können somit aufgehoben werden.

Zu Artikel 3 (Inkrafttreten)

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2023 in Kraft.